Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

**zu der Mitteilung des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz vom 30. Januar 2018
– Drucksache 16/3430**

Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Verbot von Glyphosat und Schutz von Menschen und Umwelt vor giftigen Pestiziden

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz vom 30. Januar 2018 – Drucksache 16/3430 – Kenntnis zu nehmen.

28. 02. 2018

Der Berichterstatter:

Udo Stein

Der Vorsitzende:

Martin Hahn

Bericht

Der Ausschuss für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz beriet die Mitteilung Drucksache 16/3430 in seiner 15. Sitzung am 28. Februar 2018. Vorberatend hatte sich der Ausschuss für Europa und Internationales mit dieser Mitteilung befasst.

Der Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz führte aus, die Genehmigung des Wirkstoffs Glyphosat sei auf EU-Ebene für einen Zeitraum von fünf Jahren erneuert worden. Zusätzlich erfolgten Ergänzungen bei den Sonderbestimmungen.

Mitgliedsstaaten der EU sollten bei der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln, die Glyphosat enthielten, auf den Grundwasserschutz insbesondere im Hinblick auf die Anwendung in Nicht-Kulturland, den Anwenderschutz im gewerblichen und nicht gewerblichen Bereich sowie auf die Bedrohung der Vielfalt und Abundanz von Nichtziel-Landarthropoden und -Landwirbeltieren durch trophische Wechselwirkungen achten. Des Weiteren müsse auf die Einhaltung guter fachlicher Praxis bei der Anwendung vor der Ernte und auf das generell geltende und im Pflanzen-

Ausgegeben: 25.04.2018

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

schutzrecht verankerte Minimierungsgebot geachtet werden. Er nenne in diesem Zusammenhang auch das Thema Sikkation als Stichwort.

Das Land habe sich dazu entschlossen, eine Reduktionsstrategie für Pflanzenschutzmittel zu entwickeln, die auch Glyphosat umfasse. Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit sei die nationale Zulassungsbehörde für Pflanzenschutzmittel. Derzeit passe es die nationalen Pflanzenschutzmittelzulassungen an.

Das Europäische Parlament habe im Februar dieses Jahres beschlossen, einen Sonderausschuss zur Prüfung des Zulassungsverfahrens der EU für Pestizide einzusetzen. Die Dauer des Mandats des Sonderausschusses betrage neun Monate. Dies bedeute, dass voraussichtlich im November der Abschlussbericht mit Tatsachenfeststellungen und Empfehlungen vorliegen werde. Dieser Abschlussbericht müsse vom Plenum gebilligt werden. Das Ergebnis des Sonderausschusses habe keinen bindenden Charakter, es würden Empfehlungen ausgesprochen.

Er (der Minister) sehe einen flächendeckenden Einsatz von Glyphosat kritisch, sei aber gegen ein sofortiges Totalverbot des Wirkstoffs, solange es keine Alternativen gebe, vorwiegend auch aus Gründen des Umweltschutzes. Durch den einmaligen Einsatz von Glyphosat könne größtenteils auf mechanische Formen der Unkrautbekämpfung verzichtet werden, sodass die Gefahr von Bodenerosionen verringert werde. Dies spiele vor allem im Hinblick auf die Zunahme von Starkregen und bei nachlassenden Frösten im Winter, wodurch es zu einer stärkeren Begrünung kommen könne, eine Rolle.

Des Weiteren werde Glyphosat beispielsweise bei der Unterstockbehandlung im Obstbau und im Weinbau verwendet. Im Erwerbsobstbau seien im Rahmen der Biodiversitätsstrategie Versuche geplant, mit denen gezeigt werden solle, dass bei gleichzeitigem Einsatz von Glyphosat unter den Stöcken in den Zwischenstreifen eine verstärkte Biodiversität erreicht werden könne.

Im Weinbau werde Glyphosat für die Unterstockbehandlung vor allem in den Steillagen benötigt. Um dort einer Bodenerosion entgegenzuwirken, sei es sinnvoll, die Zwischenstreifen zu begrünen. Unter den Weinstöcken sei eine Begrünung dagegen nicht erwünscht. Eine mechanische Beseitigung berge jedoch die Gefahr, dass es zu Wurzelverletzungen und in der Folge zu Pilzinfektionen kommen könne. Daher sollte auch hier Glyphosat eingesetzt werden.

Wichtig sei, mit dem Thema verantwortungsvoll umzugehen und hinsichtlich des Einsatzes von Glyphosat zu sensibilisieren. Es müsse sich strikt an das Minimierungsgebot gehalten werden. Ein Totalverbot von Glyphosat sei seines Erachtens nicht sinnvoll, es sei auch nicht im Interesse der Umwelt.

Eine Abgeordnete der Grünen lege dar, es müsse auch darauf geachtet werden, dass der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in anderen Staaten gleichwertig behandelt werde. Aus Sicht des Verbraucherschutzes sei es kritisch zu sehen, wenn es zwar ein nationales Verbot gebe, dann aber belastete Lebensmittel aus anderen Ländern importiert würden, in denen diese Verbote nicht gelten würden. Es gebe Obergrenzen beim Nachweis von Pflanzenschutzmitteln in Lebensmitteln. Auch bei Importprodukten müssten diese Obergrenzen eingehalten werden.

Der Minister habe bei seinen Ausführungen das Stichwort Sikkation genannt. Es sei wichtig zu erwähnen, dass es in Deutschland nicht erlaubt sei, Glyphosat zur schnelleren Abreife einzusetzen.

Auch wenn der Wirkstoff Glyphosat für weitere fünf Jahre zugelassen worden sei, müsse sich das Land mit einem Ausstiegsszenario befassen. Es sollte überlegt werden, welche Möglichkeiten es gebe, um lang- oder sogar mittelfristig auf Glyphosat in der Landwirtschaft und auch im kommunalen Bereich verzichten zu können. Beispielsweise werde Glyphosat auch verwendet, um Bahngleise frei von Bewuchs zu halten.

Ein Abgeordneter der CDU fragte in Bezug auf die in der Drucksache enthaltene Mitteilung der Kommission, was die Angabe bedeute, dass nur der englische Text verbindlich sei.

Der Vorsitzende des Ausschusses erwiderte, seines Erachtens heiße dies, dass eventuell auftretende Übersetzungsfehler nicht berücksichtigt würden.

Ein Abgeordneter der SPD bemerkte, seiner Meinung nach sei das Land auf einem guten Weg, den Einsatz von Glyphosat so gut es geht zurückzudrängen. In einigen Situationen, beispielsweise in Hanglagen, bei bestimmten Sonderkulturen oder auch bei der Bekämpfung von Ampfer im Grünland, könne jedoch kaum auf den Einsatz verzichtet werden.

Zu kritisieren sei allerdings, dass der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln, die Glyphosat enthielten, oft auch aus Bequemlichkeit erfolge. Sie würden oftmals auch in größerem Umfang bedenkenlos eingesetzt, obwohl andere Alternativen, beispielsweise mechanische Alternativen wie das Pflügen der Flächen, zur Verfügung stünden. Auch im konventionellen Weinbau könne der Einsatz von Glyphosat deutlich reduziert werden.

Insbesondere müsse schnellstmöglich auf öffentlichen Flächen, in Grünanlagen und in Privatgärten auf die Nutzung von Glyphosat verzichtet werden. Eine derartige Behandlung dieser Flächen sei in der Regel nicht nötig.

Ein noch nicht zu Wort gekommener Abgeordneter der CDU äußerte, er halte eine Sensibilisierung im Hinblick auf die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln ebenfalls für nötig.

Die hier diskutierte Drucksache stelle auf sachliche, nüchterne und neutrale Weise dar, wie sich das Verfahren zur Genehmigung von Wirkstoffen auf europäischer Ebene und das Zulassungsverfahren für Pflanzenschutzmittel, die einen oder mehrere Wirkstoffe enthalten könnten, auf nationaler Ebene gestalteten.

Wichtig sei auch hervorzuheben, welche Maßnahmen aus Sicht des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, aber auch aus Sicht der Europäischen Union nötig seien, um die Zielsetzungen, die Sensibilisierung und die daraus folgenden Konsequenzen für die Anwender und die Gesellschaft darzustellen. Dazu gehöre ein mehrstufiger Aufbau, beispielsweise eine Beratung der Anwender, zu denen nicht nur Landwirte, sondern beispielsweise auch die Bahn gehörten, hinsichtlich der Anwendung und der dahinter stehenden Ausbringungstechnik.

In der Mitteilung sei auch sehr gut dargelegt, wie ein nachhaltiger Einsatz von Pestiziden erfolgen könne, beispielsweise über die Prinzipien des integrierten Pflanzenschutzes. Nicht nur eine Reduzierung der Menge an Pflanzenschutzmitteln sei wichtig, sondern es müsse auch der qualitative Aspekt bei der Anwendung betrachtet werden, welche Menge an welchem Einsatzort überhaupt notwendig sei. Dies werde in der öffentlichen Diskussion nur selten dargestellt.

Neben dem Thema Glyphosat interessiere ihn auch das Thema „Kupferausbringung im Ökoweinbau“. Er frage das Ministerium, inwieweit diesbezüglich weiterer Handlungsbedarf bestehe.

Ein Abgeordneter der FDP/DVP erkundigte sich, inwieweit es rechtlich möglich sei, auf nationaler Ebene ein Verbot für den Einsatz von Glyphosat auszusprechen, wenn die Europäische Kommission diesen Wirkstoff für weitere fünf Jahre genehmigt habe. Er merkte an, er habe diesbezüglich auch schon von Klagen der Hersteller und Regressansprüchen gehört.

Des Weiteren fragte er, ob es Daten gebe, welche Mengen an Pflanzenschutzmitteln, die Glyphosat enthielten, für Gehwege und Steinbeete auf privaten Grundstücken unsinnigerweise ausgebracht würden.

Ein noch nicht zu Wort gekommener Abgeordneter der SPD brachte vor, im Kern gehe es in der Mitteilung nicht um die Ansichten zu Glyphosat und dessen Anwendung, sondern um die Europäische Bürgerinitiative und die Schlussfolgerungen, die die Europäische Kommission daraus ziehe.

Ihn interessiere, wie das Ministerium zu der im Berichtsbogen der Drucksache erwähnten Erkenntnis komme, dass der Inhalt dieser Mitteilung die wesentlichen Interessen des Landes nicht berühre. Er könne dem nicht zustimmen.

Der Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz erklärte, bezüglich des Zulassungsverfahrens sowohl des Wirkstoffs als auch der den Wirkstoff enthaltenden Pflanzenschutzmittel habe das Land keine Kompetenz. Es müsse die Vorgabe des Bundes und der Europäischen Union übernehmen. Er stimme allerdings zu, dass die Vorgaben natürlich Auswirkungen auf das Land hätten.

Das Zulassungsverfahren sei in der Drucksache genauestens beschrieben. Der Bund habe im Gegensatz zum Land die Möglichkeit, den Einsatz von Glyphosat zu beschränken, bis hin zu einem Totalverbot. Seines Erachtens werde es von Seiten des Bundes mit Sicherheit Einschränkungen bei der Anwendung von Glyphosat geben. In der Koalitionsvereinbarung von CDU und SPD im Bund sei ein Ausstiegsszenario enthalten. Der Einsatz auf öffentlichen Flächen sei auch heute schon nur mit Genehmigung erlaubt.

Um auf den Einsatz von Glyphosat verzichten zu können, seien Forschungen zu Alternativen notwendig. Diese Alternativen könnten sowohl chemischer als auch biologischer Natur sein. Wichtig sei, dass es sie gebe, da ein Verzicht auf Glyphosat ansonsten nicht glaubhaft sei. Es könne keinen Ausstieg geben, wenn nicht gleichzeitig Alternativen angeboten werden könnten, die auch wirtschaftlich seien. Seines Erachtens sei der beste Weg, den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln weiter zu reduzieren und gleichzeitig alternative Methoden mit großer Ernsthaftigkeit und großem Nachdruck zu erforschen.

Das Ende letzten Jahres beschlossene Sonderprogramm zur Stärkung der biologischen Vielfalt beinhalte beispielsweise die Möglichkeit einer herbizidfreien Bewirtschaftung des Unterstocks beim Weinbau je nach Hangneigung. Hier werde versucht auszuloten, welche Maßnahmen bei welcher Hangneigung möglich seien. Auch im Ök Weinbau gebe es unterschiedliche Verfahren, allerdings handle es sich bei den Flächen für den Weinbau im Ök Weinbau selten um Flächen in extremen Steillagen.

Die Bekämpfung von Ampfer sei schon erwähnt worden. Ähnliche Probleme gebe es bei der Bekämpfung der Quecke. Eine mechanische Behandlung des Bodens könne durch die Zerteilung der Quecke bzw. deren Rhizoms zur Vermehrung der Pflanze führen.

Zu der Frage, warum nur der englische Text der Mitteilung der Kommission verbindlich sei, könne er nichts sagen. Er vermute, dass kein vereidigter Übersetzer zur Verfügung gestanden habe. Hinzu komme, dass auch vor Gericht der Originaltext gelte.

Der Vorsitzende des Ausschusses teilte mit, der vorberatende Ausschuss für Europa und Internationales habe die Drucksache ebenfalls behandelt und die Empfehlung ausgesprochen, von der Mitteilung Kenntnis zu nehmen.

Daraufhin empfahl der Ausschuss dem Plenum einvernehmlich, von der Mitteilung Drucksache 16/3430 Kenntnis zu nehmen.

11. 04. 2018

Udo Stein

Empfehlung und Bericht**des Ausschusses für Europa und Internationales
an den Ausschuss für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz****zu der Mitteilung des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucher-
schutz vom 30. Januar 2018
– Drucksache 16/3430****Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten;
hier: Verbot von Glyphosat und Schutz von Menschen und Umwelt vor gifti-
gen Pestiziden****Empfehlung**

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz vom 30. Januar 2018 – Drucksache 16/3430 – Kenntnis zu nehmen.

28. 02. 2018

Der Berichterstatter:

Der Vorsitzende:

Fabian Gramling

Willi Stächele

Bericht

Der Ausschuss für Europa und Internationales beriet öffentlich die Mitteilung Drucksache 16/3430 in seiner 15. Sitzung am 28. Februar 2018 vorberatend für den federführenden Ausschuss für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz.

Abg. Josef Frey GRÜNE wies auf die Europäische Bürgerinitiative „Verbot von Glyphosat und Schutz von Menschen und Umwelt vor giftigen Pestiziden“ hin und führte aus, auch Baden-Württemberg sei davon betroffen, wie beim Thema Glyphosat, über das schon seit vielen Jahren gestritten werde, weiter vorgegangen werde. Allen sei noch erinnerlich, dass der Alleingang des derzeit noch geschäftsführenden Bundeslandwirtschaftsministers, der in der EU einer Verlängerung der Glyphosatzulassung zugestimmt habe, für Verstimmung gesorgt habe.

Jetzt müsse eine Lösung gefunden werden, die umweltverträglich sei und zugleich die Sorgen der Menschen ernst nehme, die Glyphosat für krebserregend hielten und auch andere Gefahren sähen.

So leide auch die Biodiversität unter der Verwendung von Glyphosat. In diesem Zusammenhang werde immer wieder das Beispiel angeführt, dass heute im Gegensatz zu früher an den Windschutzscheiben der Autos deutlich weniger Insekten klebten. Das sei auf die Wirkung der Herbizide zurückzuführen. Die Verwendung der Herbizide habe zur Folge, dass Pflanzen nicht mehr wachsen und blühen könnten, wodurch den Insekten die Lebensgrundlage entzogen werde.

Einige Städte verböten den Einsatz von Glyphosat. Seines Erachtens sollten hier aber nicht kleine Einheiten lokale Regelungen treffen. Vielmehr sollte die Europäische Union eine Entscheidung für das gesamte Gebiet der 28 Mitgliedsstaaten herbeiführen.

Insofern begrüße seine Fraktion, dass die Kommission einen Vorschlag zur Verbesserung der Qualität wissenschaftlicher Bewertungen von Pflanzenschutzmitteln unterbreite und dadurch Wissenschaftlichkeit einbringe. Diejenigen, die die Untersuchungen durchführten, müssten allerdings unabhängig sein und dürften nicht in irgendeiner Form direkt oder indirekt davon profitieren.

Nichtsdestotrotz sollte seines Erachtens ein nationales Verbot von Glyphosat möglich bleiben. Das werde zumindest von seiner Fraktion unterstützt. Diesbezüglich hoffe er auch auf die künftige Bundesregierung.

Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP merkte an, selbstverständlich sei es zu begrüßen, wenn eine Europäische Bürgerinitiative gegründet werde, wenn dieses Instrument mit Leben erfüllt werde. Seines Erachtens gehe es dabei aber nicht darum, Wissenschaftlichkeit in die Bewertung zu bringen. Denn er kenne kein Pflanzenschutzmittel, kein anderes Phosphonat, das so intensiv in der Diskussion und in einem wissenschaftlichen Beobachtungsprozess stehe wie Glyphosat.

Es könne durchaus argumentiert werden, dass Glyphosat aus den oder den Gründen nicht gewollt sei, weil einer Studie Glauben geschenkt werde und einer anderen nicht. Aber die Aussage, die Europäische Bürgerinitiative führe dazu, endlich Wissenschaftlichkeit einzubringen, könne er so nicht stehen lassen.

Vorsitzender Willi Stächele machte darauf aufmerksam, es gehe jetzt darum, zur Kenntnis zu nehmen, wie die Kommission, die schon zu dem Thema beschlossen habe, Stellung nehme. Die Landesregierung sei der Meinung, dass die Subsidiarität nicht verletzt werde. Federführend sei der Landwirtschaftsausschuss.

Einvernehmlich empfahl der Ausschuss für Europa und Internationales dem federführenden Ausschuss für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, von der Mitteilung Drucksache 16/3430 Kenntnis zu nehmen.

21. 03. 2018

Fabian Gramling